

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

mehr als 600 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Medien und Ehrenamt konnten wir am 25. Januar bei unserem ersten Neujahrsempfang in unserer neuen Rolle als Regierungsfraktion im Maximilianeum begrüßen. Dabei wurde die Rolle der Ehrenamtlichen gewürdigt. Respekt haben wir aber nicht nur vor den freiwillig Engagierten, sondern auch vor unserer neuen Aufgabe als Regierungsfraktion. In dieser Funktion tragen, stützen und schützen wir die Staatsregierung. Durch unsere Regierungsbeteiligung haben wir schon jetzt viel für breite Bevölkerungskreise bewegt und zahlreiche politische Baustellen beseitigt: Die Entlastung der Bürger von den **Straßenausbaubeiträgen** und den **Kitabeiträgen** sowie die Einstellung von **mehr Lehrern und Polizisten** waren und sind ein riesiger Erfolg für uns. Und wir gehen noch viele weitere Themen an: Ausbau des Mobilfunks, Unterstützung der Hebammen, mehr Hochwasserschutz und neuer Anschub für die Energiewende. Es gibt viel zu tun, packen wir's an!



R ü c k b l i c k

Die Drohungen und Beleidigungen gegen die Holocaustüberlebende und Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Charlotte Knobloch, das Bienen-Volksbegehren mit seinem Fokus auf landwirtschaftliche Restriktionen und der Paragraph 219a: Viele Kontroversen haben uns FREIE WÄHLER in den zurückliegenden Tagen beschäftigt. Für uns ist klar: Charlotte Knobloch hat am 23. Januar bei der **Gedenktagsveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus** im Bayerischen Landtag eine sehr mutige Rede gehalten. Wir empfinden es als beschämend, dass sie sich deshalb nun vielfachen Drohungen und widerlichen In-

ternetpogromen ausgesetzt sieht. Unser Credo ist das ‚Nie wieder‘: Nie wieder Verdun, nie wieder Auschwitz – nie wieder Krieg! Das unfassbare Leid und der millionenfache grausame Tod von Müttern, Vätern, Kindern und Geschwistern muss uns lehren, die Menschenrechte nicht nur zu wahren, sondern sie auch jeden Tag aufs Neue zu verteidigen.

Verteidigen müssen wir auch unsere bayerischen Landwirte – und zwar gegen den Vorwurf, sie allein seien für das Bienensterben im Freistaat verantwortlich zu machen. Dabei hat das Artensterben viele Ursachen – wie den Flächenverbrauch und die damit fehlende Biotopvernetzung, den Klimawandel oder Belastungen durch den Verkehr. Deshalb haben wir uns entschieden, das **Bienen-Volksbegehren**, das ausschließlich auf Veränderungen in der Landwirtschaft abzielt, nicht aktiv zu unterstützen. Zwei Prozent der bayerischen Bevölkerung zu alleinigen Verantwortlichen für den Bienen-schutz zu machen ist weder gerecht, noch zielführend. Vielmehr braucht es ein Konzept, um Bayern insgesamt ökologischer zu gestalten. Schließlich gibt es viele Bereiche, in denen noch enormes ökologisches Potenzial schlummert – wie die Mobilität, die Wärmezeugung, die Energiegewinnung und den Wohnungsbau. All diese Industriezweige müssen langfristig umweltfreundlicher und nachhaltiger werden, um den Umweltschutz in Bayern zu verbessern. Deshalb haben wir Umweltminister Thorsten Glauber beauftragt, einen alltagstauglichen und praxisnahen Gesetzentwurf vorzubereiten, der in weiten Teilen den Zielen des Volksbegehrens entspricht, darüber hinaus aber den Umweltschutz in Bayern auf breitere Beine stellt.

Auf breite Beine stellen wollen wir auch die berufliche Bildung im Freistaat. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir uns im Plenum für eine **Stärkung der dualen Berufsausbildung sowie des Meisterbriefs** ausgesprochen, denn beides hat sich in hervorragender Weise bewährt. Die Bedeutung des verpflichtenden Meisterbriefs für die Entwicklung und den Stand des Handwerks in Bayern ist für uns FREIE WÄHLER unumstritten. Auch deshalb wollen wir die Einführung beziehungsweise Wiedereinführung des Meisterbriefs für weitere Berufsbilder prüfen lassen. Wichtig ist uns aber auch, stärkere finanzielle Anreize für die höhere berufliche Bildung zu schaffen. Mit unserem Koalitionspartner haben wir uns deshalb auf eine Anhebung des ‚Meisterbonus‘ auf 2.000 Euro verständigt. Die Staatsregierung leistet damit einen wichtigen Beitrag, um die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung zu stärken.

Stärken wollen wir auch die Familien in Bayern. Hoffnung setzen wir dabei auf das bundesweite **Gute-Kita-Gesetz**, das vor wenigen Wochen in Kraft getreten ist. Mit diesem Gesetz soll die Qualität in der Kindertagesbetreuung weiterentwickelt und langfristig verbessert werden. Damit der Freistaat

zeitnah von den in Aussicht gestellten Bundesmitteln profitiert, muss die Staatsregierung rasch die entsprechende Vereinbarung zum Gute-Kita-Gesetz mit dem Bund abschließen. Erst dann können konkrete Verbesserungen angestoßen werden. **Bedarf sehen wir etwa bei der Betreuung in den Randzeiten, die dringend ausgebaut werden muss.** Das ist uns nicht nur aus familienpolitischer Sicht wichtig, sondern auch aus volkswirtschaftlicher: Art und Umfang der Kinderbetreuung wirken sich erwiesenermaßen auf die Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit der Eltern aus.

Beschäftigt hat uns diese Woche auch die **Europakonferenz der Landesparlamente**, die mit der „Brüsseler Erklärung“ zu Ende gegangen ist. Mit dieser Erklärung untermauern wir unseren Anspruch, ein Europa der Regionen ganz konkret – und jenseits von Sonntagsreden – auszugestalten. Mehr Akzeptanz für die europäische Idee braucht mehr Nähe zu den Bürgern – den Landtagen kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Denn sie sind einzigartige Foren, die Bürgerinteressen und Gesetzesvorhaben vor Ort zusammenbringen und so auch zu mehr Akzeptanz für Entscheidungen auf EU-Ebene beitragen können. Dazu brauchen wir jedoch einen fest institutionalisierten Dialogprozess, der in den Landesparlamenten seine Heimat haben und den Europäischen Ausschuss der Regionen als Plattform nutzen sollte.

Ein Dialogprozess war in den vergangenen Monaten auch über den **Paragraph 219a** in Gang geraten. Wir finden: Der von der Großen Koalition vorgeschlagene Kompromiss ist eine Lösung mit Augenmaß, mit der ein fairer Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen geschaffen wird. Frauen, die in Konfliktsituationen Hilfe suchen, müssen wissen, an welchen Arzt sie sich wenden können. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag, dass Ärzte und Kliniken öffentlich, etwa auf der eigenen Website, darüber informieren dürfen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Gleichzeitig heißen wir es gut, dass es Werbung für Abtreibungen auch in Zukunft nicht geben soll. Schließlich ist ein Schwangerschaftsabbruch kein medizinischer Eingriff wie jeder andere.

Dass wir mit unserer Politik richtig liegen, haben uns diese Woche auch zwei Erhebungen bewiesen. Der **aktuelle Barmer-Report** bestätigt, was wir FREIE WÄHLER bereits seit Jahren fordern: Pflegende Angehörige sind stark belastet und brauchen deutlich mehr Unterstützung. Um diesen Angehörigen zu helfen, sind bessere Rahmenbedingungen zwingend erforderlich. Konkret braucht es mehr Kurzzeitpflegeplätze, professionelle Hilfe bei psychischen und physischen Problemen und den Ausbau der Tages- und Nachtpflege. Nicht vergessen dürfen wir zudem die Anhebung der Ausgleichszahlungen, die die zu befürchtende ‚Rentenlücke‘ schließen müssen.

Und eine Studie im Auftrag des Wirtschaftsministeriums hat ergeben, dass der **Flughafen Memmingen** das Potenzial hat, den Münchner Flughafen dauerhaft zu entlasten und so auch zu einer Entspannung des An- und Abreiseverkehrs rund um die Landeshauptstadt beizutragen. Für uns FREIE WÄHLER ein weiterer Beleg, dass wir die dritte Startbahn in München nicht brauchen.

Erfreulich war für uns diese Woche auch, dass **Dr. Karl Vetter**, von 2008 bis 2018 Abgeordneter und gesundheitspolitischer Sprecher der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag, mit der **Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber** ausgezeichnet wurde. Damit würdigt der Freistaat Veters langjähriges politisches Engagement. Aufgrund seines beruflichen Hintergrunds als Orthopäde war Vetter während seiner Tätigkeit als Abgeordneter im Bayerischen Landtag ein wichtiger Ratgeber in gesundheitspolitischen Belangen. Vetter gehörte dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege sowie dem Landesgesundheitsrat und dem Landessportbeirat an. Zu seiner verdienten Auszeichnung gratulieren wir ihm sehr herzlich!

Impressum

Abgeordnetenbüro:

Hintere Marktstraße 13,
92436 Bruck i. d. Oberpfalz

Telefon: 09434 / 901513

Telefax: 09434 / 901514

Email: joachim.hanisch@fw-landtag.de

Web: www.joachim-hanisch.de
